

Die bitteren Trauben im Handel mit Wein

International **Eine Kampagne zeigt, wie internationale Gewerkschaftsarbeit funktionieren kann**

Von Gabriel Kuhn

W ein wird in Europa gerne getrunken – auch von Linken. In Schweden hat gar der Ausdruck »Rotweinlinke« Eingang in den alltäglichen Sprachgebrauch gefunden. Er ist wenig schmeichelhaft, sagt aber einiges über die Konsumgewohnheiten gewisser linker Kreise aus. Doch woher kommt der Wein, den wir uns zu Gemüte führen? Und wie wird er produziert? Besonders interessant wird die Frage, wenn wir uns Produktionsländern des Globalen Südens zuwenden. Etwa Südafrika.

Das seit 1698 bestehende Weingut Altygedacht rühmt sich auf seiner Website, zu einer Zeit gegründet worden zu sein, als »Löwen und Nashörner noch frei über das Land zogen und die holländische Kolonie in den Kinderschuhen steckte«. Altygedacht befindet sich in Durbanville, einer der kühleren Weinbaugebiete des Landes, mit dem Auto nicht einmal eine halbe Stunde vom Zentrum Kapstadts entfernt. Hier werden mehrere Weine produziert, die auch in Deutschland vertrieben werden. Vor allem der Pinotage 2015 findet sich im Sortiment mehrerer Online-Anbieter. Eine Flasche gibt es für rund zehn Euro.

Das Weingut liegt in einer idyllischen Hügellandschaft in Küstennähe. Das Apartheidregime, aufgrund dessen viele Staaten südafrikanische Weine international lange boykottiert haben, wurde vor einem Vierteljahrhundert abgeschafft. Doch, wie im Rest des Landes, braucht Änderung Zeit. So leben die Arbeiter_innen immer noch getrennt: »Schwarze« in den kleinsten und heruntergekommenen Hütten, »Coloureds« in den etwas größeren und etwas weniger heruntergekommenen. Alle haben Risse und Wasserschäden. Löcher in den Dächern und zu Bruch gegangene Fensterscheiben werden notdürftig mit Karton und Plastiksäcken überdeckt. Die Wände sind von Schimmel überzogen.

Harte Arbeit in südafrikanischen Weingärten

Diese Bestandsaufnahme ist aktuell. Nachzulesen ist sie in einem Bericht von schwedischen Aktivist_innen der Kampagne »Rättvis vinhandel«, zu Deutsch: »Gerechter Weinhandel«. Die Aktivist_innen haben im März 2018 mehrere Weingüter in Südafrika besucht. Sie tun dies seit 2010 regelmäßig. Damals wurde die Kampagne von Mitgliedern der syndikalistischen Zentralorganisation schwedischer Arbeiter_innen (SAC) initiiert, genauer: von der Betriebsgruppe der Systembolaget-Angestellten. Systembolaget ist ein schwedisches Staatsunternehmen, das ein Monopol auf den Handel mit Alkohol besitzt. Es betreibt 440 Geschäfte im ganzen Land, in denen es auch Weine aus Südafrika, Argentinien und Chile verkauft. Als es auf dortigen Weingütern zu Arbeitskämpfen kam, solidarisierten sich die schwedischen Syndikalisten_innen mit den Forderungen, traten mit Basisgewerkschaften vor Ort in Kontakt und forderten Systembolaget dazu auf, Druck auf die Produzenten auszuüben. Unterstützung erhielt die Kam-

pagne vor allem von internationalen Solidaritätsgruppen.

Die Berichte, die im Zuge der Kampagne über die Zustände auf südafrikanischen Weingütern verfasst wurden, zeichnen ein deutliches Bild: Neben den unwürdigen Wohnverhältnissen gehören rassistische Beleidigungen, schlechte Entlohnung und die Verletzung grundlegender Arbeitsrechte zum Alltag. Arbeiter_innen werden angehalten, ohne Schutzkleidung Pestizide zu versprühen, die in EU-Ländern verboten sind. Vorgesetzte hindern Arbeiter_innen daran, Arztbesuche wahrzunehmen. Mancherorts gibt es kollektiven Lohnabzug, wenn ein Werkzeug verloren geht. Mehr als die Hälfte der Arbeiter_innen hat keinen Arbeitsvertrag. Fünf Prozent haben Recht auf Karenz. Arbeitswochen von mehr als 40 Stunden sind die Regel. Das Durchschnittseinkommen liegt bei rund 150 Euro im Monat.

Unbekannt sind die Probleme in Deutschland nicht. Im Herbst 2017 sprachen Vertreter_innen der südafrikanischen Basisgewerkschaft CSAAWU im Rahmen einer Infotour in sechs Städten.

Im Jahr 2014 habe ich Emil Boss interviewt. (1) Er ist einer der Mitbegrün-



Arbeiter_innen werden angehalten, ohne Schutzkleidung Pestizide zu versprühen, die in EU-Ländern verboten sind.

der von »Rättvis vinhandel«. Boss hat damals darauf verwiesen, dass sich dank der Kampagne auf insgesamt 50 Weingütern in Südafrika, Chile und Argentinien die Arbeitsbedingungen merklich verbessert hätten. Das schwedische Staatsunternehmen Systembolaget hatte auch eigene Kontrollen und ein Fair-Trade-Siegel für Weine eingeführt. Als besonders wertvoll erachtete Boss die Zusammenarbeit zwischen Gewerkschaften über nationale Grenzen hinweg. Es kam zu mehreren gemeinsamen Konferenzen.

Boss wies jedoch auch auf die ungelösten Probleme hin: So waren etwa die Weinarbeiter_innen selbst nicht in die Kontrollen der Produzenten und Weingüter involviert. Dies hatte zur Folge, dass die Veränderungen sich vornehmlich auf die Unzulänglichkeiten konzentrierten, die auswärtigen Besucher_innen besonders ins Auge stachen, etwa die Wohnverhältnisse. Weniger Fortschritte habe es laut Boss bei Löhnen, Arbeitermitbestimmung oder dem Schutz vor Diskriminierung gegeben.

Systembolaget reagierte nur zögerlich auf die Forderungen der SAC-Mitglieder. Das Unternehmen drohte ihnen gar mit Entlassung, da ihre Form gewerkschaftlicher Arbeit nicht mit dem »Schwedischen Modell« vereinbar sei. Dieses baut, ähnlich wie die österreichische Sozialpartnerschaft, auf einem »kooperativen« Verhältnis zwischen Ka-

pital und Arbeit auf. Erst als Gewerkschafter_innen aus Südafrika, Argentinien und Chile interveniert haben, ließ das schwedische Staatsunternehmen von seinen Einschüchterungsversuchen ab.

Eigentümer jagen Gewerkschafter vom Gut

Im Frühjahr dieses Jahres habe ich Boss, mittlerweile Mitglied des SAC-Zentralkomitees, wieder getroffen. Er war gerade von seiner jüngsten Reise aus Südafrika zurückgekehrt. Dieses Mal in Begleitung eines Vertreters des schwedischen Bundes für Lebensmittelarbeiter_innen. Dieser betonte in einem Interview mit der Zeitung des schwedischen Gewerkschaftsverbundes die Wichtigkeit internationaler Arbeit: »Erstens unterstützen wir die Gewerkschaften vor Ort. Und zweitens machen wir hier in Schweden die Ungerechtigkeiten globaler Handelsbeziehungen zum Thema.«

„Gerechter Weinhandel« ist als internationale Solidaritätskampagne in vielerlei Hinsicht beispielhaft. Ihr Einfluss ist in Skandinavien weitreichend. Einen großen Beitrag dazu hat die Reportage »Bittere Trauben« des dänischen Filmemachers Tom Heinemann geleistet, die

2016 in den nordischen Ländern – und darüber hinaus – ausgestrahlt wurde. Nicht zuletzt deshalb schenken nun auch die staatlichen Alkoholmonopole Norwegens und Finnlands den Berichten der Kampagne besondere Aufmerksamkeit.

Auch der gemeinnützigen Organisation Wine and Agricultural Ethical Trading Association (WIETA) werden die Berichte vorgelegt. WIETA soll die Arbeitsbedingungen in der südafrikanischen Weinproduktion überprüfen und sicherstellen, dass keine Weine, die unter zweifelhaften Bedingungen produziert werden, auf dem europäischen Markt landen. Dies bleibt nicht ohne Folgen. Als vor kurzem ein Auftraggeber der südafrikanischen Basisgewerkschaft CSAAWU das Weingut Altygedacht besucht hat, haben ihn die Eigentümer vom Gut gejagt. Sie waren anscheinend außer sich vor Wut, dass »Gerechter Weinhandel« ihren jüngsten Bericht WIETA zugetragen hat. ●

Gabriel Kuhn schrieb in ak 631 darüber, warum Neue Klassenpolitik internationalistisch sein muss.

Anmerkung:

1) Gabriel Kuhn: *Syndicalism in Sweden. A Hundred Years of the SAC*, in: Immanuel Ness (Hg.): *New Forms of Worker Organization. The Syndicalist and Autonomist Restoration of Class-Struggle Unionism*. Oakland 2014.



Nine to Five

Aus der Welt der Arbeit

Beamt_innen dürfen nicht streiken

Das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe bestätigte in einem Mitte Juni verkündeten Urteil das Streikverbot für Beamt_innen. Das höchste deutsche Gericht wies dabei die Verfassungsbeschwerden von vier beamteten Lehrer_innen zurück, die ein Streikrecht für Beamt_innen durchsetzen wollten. Dem Urteil zufolge verstößt der deutsche Sonderweg beim Beamtenrecht weder gegen das Grundgesetz noch gegen die Europäische Menschenrechtskonvention. An die Prüfung dieser Vereinbarkeit hatten sich einige Hoffnungen geknüpft. Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte in Straßburg hatte vor einigen Jahren geurteilt, dass Beamt_innen, die – anders als etwa Polizei und Militär – nicht hoheitlich tätig sind, durchaus streiken dürfen. Aus Sicht der klagenden Lehrer_innen trifft das auf sie zu, denn das Funktionieren des Staatswesens ist durch Unterrichtsausfall nicht gefährdet. Die deutschen Verfassungsrichter zählen die Lehrer_innen nun aber doch einfach als Teil der »hoheitlichen Staatsverwaltung« und erklären, das Streikverbot diene dazu, das Grundrecht auf Bildung zu gewährleisten. Vor allem aber erneuern sie mit ihrem Urteil das althergebrachte Bild des Berufsbeamtentums und rüsten dafür richtig auf. Mit dem Streikrecht stehen und fallen demnach Treuepflicht, Lebenszeit- sowie Alimentationsprinzip. → [neues deutschland](#)

Audimax der TU Berlin besetzt

Am 13. Juni wurde das Audimax der Technischen Universität für besetzt erklärt. Vorangegangen war eine Demonstration für einen neuen studentischen Tarifvertrag, um den seit über einem Jahr zwischen den Berliner Hochschulen und den Gewerkschaften gerungen wird. Ab dem 4. Juni hatten studentische Beschäftigte und die GEW zum wiederholten Male zu einem Warnstreik aufgerufen. Die Protestierenden fordern eine Anhebung des Stundenlohns von 10,98 Euro, den Hilfskräfte in Berlin seit 2001 erhalten. Nach 17 Jahren, in denen der Tarif nicht angehoben wurde, und sieben Jahre, nachdem die Unis das zuvor gezahlte Weihnachtsgeld gestrichen haben, müsse die Vergütung an die gestiegenen Lebenshaltungskosten angepasst werden, erklärt eine Gruppe von Studierenden vor dem Audimax. »Studis als Tutorinnen oder in der IT werden wie Arbeiter zweiter Klasse bezahlt«, sagt ein Sprecher des Bündnisses Wir streiken alle!. Doch auf die Forderung nach 14 Euro pro Stunde und einer Koppelung der studentischen Tarife an den Tarifvertrag der Länder (TVL) ließen sich die Berliner Hochschulleitungen bis Mitte Juni nicht ein.

→ [Der Tagesspiegel](#)

Neue Einschnitte, neue Streiks

In Griechenland haben Ende Mai Zehntausende Menschen aus Protest gegen den Sparkurs der Regierung die Arbeit niedergelegt. Betroffen waren Fähren, Flüge sowie der öffentliche Nahverkehr. Zudem blieben die öffentliche Verwaltung und Schulen geschlossen. Ärzt_innen in staatlichen Krankenhäusern behandelten nur Notfälle. In Athen zogen mehr als 10.000 Menschen zum Parlament, um gegen neue Einschnitte zu protestieren, die nach Ende des europäischen »Rettenungsprogramms« im August in Kraft treten sollen. Die größte Gewerkschaft, der Allgemeine Bund Griechischer Arbeiter, warf der linksgerichteten Regierung vor, die »stetige Verschlechterung des Lebensstandards« nicht zur Kenntnis nehmen zu wollen. »Die Regierung setzt eine desaströse Politik für die Gesellschaft und Wirtschaft fort, setzt unhaltbare Maßnahmen auf dem Rücken von Lohnempfänger und Rentnern durch«, kritisierte sie. Die Griech_innen haben Schätzungen zufolge seit Ausbruch der schweren Finanzkrise im Jahr 2010 mehr als ein Viertel ihrer Einkommen verloren.

→ [ARD](#)

Unbefristeter Streik bei VW-Zulieferer

Bei der Neuen Halberg Guss im Saarland und in Sachsen streikt die Belegschaft seit dem 14. Juni unbefristet im Kampf um ihre Arbeitsplätze. Nach Angaben der IG Metall traten knapp 1.500 Arbeiter_innen bei Schichtbeginn um sechs Uhr in den Streik, in Leipzig waren es etwa 700 Beschäftigte. Zuvor hatten sie bei einer Urabstimmung mit knapp 94 beziehungsweise gut 98 Prozent für den Streik votiert. Bei dem Streik geht es um die geplante Schließung des Standorts Leipzig Ende 2019 sowie um den von der Geschäftsleitung erwogenen Abbau von 300 Arbeitsplätzen in Saarbrücken. Am Tag zuvor waren Verhandlungen über einen Sozialtarifvertrag von der Gewerkschaft für gescheitert erklärt worden. »Das Angebot der Geschäftsleitung war in den essenziellen Teilen zu dürftig«, sagte IG-Metall-Sprecher Patrick Selzer in Saarbrücken. In den Verhandlungen hatte die Gewerkschaft vor allem die Übernahme entlassener Beschäftigter in einer Transfergesellschaft zur weiteren Qualifizierung sowie Abfindungen für alle Entlassenen gefordert. IG Metall-Sprecher Patrick Selzer signalisierte weiter Verhandlungsbereitschaft.

→ [Handelsblatt](#)